

VOLKSBLATT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das Volksblatt erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Welt und Zeit“. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. antil. Organ vertriebl. Arbeiter. Vertriebsstellen: Halle: G. Wäckerbach & Co. Vertriebsstellen: Halle: G. Wäckerbach & Co. Vertriebsstellen: Halle: G. Wäckerbach & Co. Vertriebsstellen: Halle: G. Wäckerbach & Co.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM., u. 0,30 RM. Zusatzenummergebühr, insgesamt 2,30 RM., für 10 Hefen insbesondere 0,20 RM., Beilagenpreis 2,30 RM., durch Postboten angeheftet 2,70 RM., bei direkter Einlieferung an den Lesers 2,00 RM. — Abbestellungspreis 10 Bgr. im Anzeigen- und 60 Bgr. im Restanteil der Beilagen. Geschäftsstelle: G. Wäckerbach & Co. Vertriebsstellen: Halle: G. Wäckerbach & Co. Vertriebsstellen: Halle: G. Wäckerbach & Co.

Schreckliche Zahlen für Halle-Merseburg

Dauernder Aufstieg der Sozialdemokratie

Mit den Kommunisten geht es immer mehr abwärts

Die Wahl am 17. November hat der Sozialdemokratie im Wahlkreis Halle-Merseburg einen glänzenden Erfolg gebracht. In allen Gebieten des Bezirks hat die Partei bedeutende Fortschritte gemacht, so daß sie als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorging. Alle übrigen Parteien haben erhebliche Verluste erlitten, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, die auf Kosten der Deutschnationalen einen kleinen Erfolg erzielten. Die Wähler sind aber auch nur auf insgesamt 45 000 Stimmen und blieben damit weit hinter dem Ziel, was sie erhofft hatten.

Seine empfindliche Niederlage erlitten aber vor allem die Kommunisten.

Nachdem jetzt die Stimmengängen aus allen Wahlbezirken vorliegen, zeigt sich recht deutlich und eindeutig, wie schwer die Kommunisten gescheitert sind. Mit überaus geringen Stimmungen gegen sie in den Wahlkreisen, die Sozialdemokratie wollten sie völlig vernichten. Der Ausgang des Kampfes war aber ein katastrophaler Rückgang der kommunistischen Stimmen und ein glänzender Aufstieg der Sozialdemokratie.

Die Niederlage ist den Kommunisten berart in die Knochen gefahren, daß sie nach der Wahl recht kleinlaut geworden sind. Der „Klassenkampf“ verjüht zwar das Wahlergebnis zu beschönigen, aber trotz aller Verdrängungsversuche läßt sich ein kommunistischer Sieg doch nicht konfirmieren. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen mußte sogar in einer Funktionärsversammlung nach der Wahl in Halle gestehen, daß die Wahl nicht den erwarteten Erfolg gebracht hat.

Das trifft vollkommen zu. Ja, noch mehr, nicht nur der erwartete Erfolg ist ausgeblieben, sondern der Rückgang der SPD ist am 17. November erneuert bestätigt worden. Von Wahl zu Wahl ist die SPD in den letzten Jahren zurückgegangen, fortgesetzt hat sie Stimmen eingebüßt. In einem Kreis nach dem anderen wurde sie von der Sozialdemokratie zurückgedrängt und bei der letzten Wahl ging aus dem Gebiet gemindert. Die nachstehenden Wahlergebnisse von 1924 bis 1929 veranschaulichen das sehr deutlich. Es erhielten Stimmen:

Wahl wird die Sozialdemokratie zweifelslos auch in diesen Kreisen in die erste Position einrücken. Die erhöhte Stimmengahl brachte der Sozialdemokratie in den Kreislagen selbstverständlich auch eine höhere Mandatszahl. Es erhielten Kreislagssitze:

	1925	1929
SPD	89	108
KPD	95	86

19 Sitze gewann die Sozialdemokratie, während die KPD 10 verloren hat. Bei den Gemeindefragen eroberte die Sozialdemokratie über 500 neue Gemeindefreier- und Stadtratsstellen.

Sozialdem. Aufstieg in den einzelnen Kreisen

Kreis	Erschlossenen Stimmen							
	März 1924		Dez. 1924		Mai 1928		Nov. 1929	
	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD
Riebenrode	5 867	8 996	7 308	7 215	8 802	7 342	9 212	6 353
Lengau	2 627	5 677	2 452	6 054	3 178	6 209	3 809	5 446
Schweinitz	2 249	846	2 552	892	2 913	1 136	2 898	790
Stadtk. Bitterberg	1 250	2 666	1 748	2 798	2 315	2 714	1 785	2 177
Stadtk. Bitterfeld	3 481	6 521	3 983	6 330	5 318	6 127	6 876	5 768
Stadtk. Zeitz	7 404	15 530	9 872	13 294	12 619	14 381	12 152	13 021
Stadtk. Zeitz	4 857	18 299	5 478	17 448	7 246	20 007	8 826	18 400
Stadtk. Halle a. S.	11 222	28 886	13 043	27 186	16 943	31 598	16 097	26 180
Stadtk. Zeitz	5 530	11 014	7 440	9 703	8 969	10 899	8 552	10 109
Stadtk. Zeitz	5 437	9 049	7 326	7 667	9 888	6 818	10 001	5 265
Stadtk. Zeitz	1 317	3 130	1 766	2 914	2 338	3 149	3 067	1 852
Stadtk. Zeitz	5 944	14 275	7 546	12 822	8 984	13 781	9 704	11 790
Stadtk. Zeitz	6 349	8 598	7 846	8 667	8 524	6 644	10 287	5 472
Stadtk. Zeitz	2 649	1 586	2 556	1 854	2 584	1 739	2 539	1 297
Stadtk. Zeitz	4 705	8 419	6 471	6 758	7 288	6 796	7 987	4 090
Stadtk. Zeitz	1 948	3 349	2 662	2 838	3 818	3 312	3 788	3 084
Stadtk. Zeitz	1 372	11 617	8 673	10 256	12 087	12 385	12 128	11 209
Stadtk. Zeitz	2 803	5 688	3 707	5 436	5 687	6 002	5 884	4 915
Stadtk. Zeitz	11 006	9 575	10 489	8 103	10 142	8 457	14 862	7 741
Stadtk. Zeitz	1 561	1 907	2 427	1 778	3 257	1 945	2 500	1 672
Stadtk. Zeitz	544	852	689	735	1 178	796	847	615
Stadtk. Zeitz	6 180	3 123	2 884	2 315	9 291	1 819	8 817	1 381
Stadtk. Zeitz	7 499	3 330	8 848	2 354	10 948	1 924	10 742	1 848
Gesamtstimmengahl:	110971	183967	135078	163617	171784	176042	171824	150175

Aus allen Kreisen ergibt sich eindeutig ein ununterbrochener Aufstieg der Sozialdemokratie. Durch ihre zielklare und positiv eingestellte Politik hat sie in immer steigendem Maße das Vertrauen der breiten Volksschichten zurückgewonnen.

Die kommunistische Partei befindet sich demgegenüber auf absteigender Linie. Von stolzer Höhe ist sie ein beträchtliches Stück herabgefallen. Es war kein plötzlicher Sturz, seine einmalige Niederlage, von Jahr zu Jahr ist es vielmehr mit dieser Partei unaufhaltsam bergab gegangen. Insbesondere hat sie am 17. November einen erheblichen Einbruch erlitten. Die arbeitende Bevölkerung erkennt eben immer mehr, daß die SPD mit ihrer Propaganda und Kampfpolitik vor Schaden und Unheil anrichtet. Sie erkennt die Notwendigkeit des Zusammenstehens in der Sozialdemokratie, damit eine erfolgreiche Politik im Interesse der Arbeiterschaft betrieben werden kann.

Der Ausgang der letzten Wahl wird den Niederlagen der SPD noch beschleunigen, vor allem, wenn sich die sozialdemokratischen Funktionen bewähren, immer weitere Schichten der arbeitenden Volks der Sozialdemokratie zuzuführen. Die Partei hat jetzt die Aufgabe, eine intensive Werbearbeit zur organisatorischen Verfestigung der Wähler durchzuführen. Es gilt, das Wahlergebnis organisatorisch zu fundamentieren und darüber hinaus eine feste Basis zur Erzielung späterer Wahlsiege zu schaffen.

SPD	KPD	
im Mai 1924	110 971	183 967
Dezember 1924	135 078	163 617
Mai 1928	171 784	176 042
November 1929	171 824	150 175

Die Sozialdemokratie steigerte von 1924 bis 1929 ihre Stimmengahl von 110 000 auf 171 000, sie gewann also in 5 Jahren 61 000 Stimmen. Die kommunistische Partei verlor in demselben Zeitraum 33 000 Stimmen, sie ging zurück von 183 000 auf 150 000 Stimmen. Die Vormarskstellung der SPD im Bezirk ist damit gebrochen, sie ist beträchtlich hinter die Sozialdemokratie zurückgedrängt worden.

Wie dem Vormarsch der Sozialdemokratie handelt es sich nicht um einen Augenblickserfolg. Die Wahlergebnisse in der nachstehenden Tabelle zeigen vielmehr, daß die Partei einen zwar langsamen, aber stetigen Aufstieg genommen hat, daß sie die einzelnen Kreise des Bezirks nacheinander eroberte. Von den 23 Wahlbezirken des Wahlkreises Halle-Merseburg war die Sozialdemokratie früher als die KPD:

im Mai 1924 in 4 Kreisen
im Dezember 1924 in 9 Kreisen
im Mai 1928 in 12 Kreisen
im November 1929 in 16 Kreisen.

Nur in 7 Kreisen ist die SPD jetzt noch etwas hinter als die Sozialdemokratie. Aber auch in diesen Kreisen ist der Stimmenunterschied noch geringfügig. Bei einer nächsten

Tarilien in Asten. Die Rechtsparteien gegen die Sozialversicherung.

Paris, den 28. November. Die Schwierigkeiten des Kabinetts Tarilien häufen sich. So hat die Marin-Gruppe offen erklärt, die Eröffnung der Sozialverhandlungen sei ein bedenkliches Wagnis. Zu den außenpolitischen Schwierigkeiten kommt nunmehr auch eine schwere Besatzung für die Regierung aus der Durchführung des sozialen Versicherungsgesetzes. Der Reichsminister Sautay hat ein Dekret über die Durchführung der neuen Sozialversicherung erlassen. Das Arbeitsministerium plant, in verschiedenen großen Provinzialstädten Gebäude anzukaufen, um darin die Dienststellen der neuen Sozialversicherung unterzubringen. Es soll sich dabei um Kaufobjekte im Werte von 5 bis 6 Millionen handeln. Die sozialreaktionäre eingetragene Presse erklärt, daß hier in finanzieller Weise Geld verschwendet werde. (1) Sofort nach der Veröffentlichung des Dekrets setzte ein Sturm der Sozialreaktionäre gegen das Sozialversicherungsgesetz ein. Der Kammerpräsident hat bereits 4 Änderungsanträge eingebracht, die von verschiedenen Gruppen eingebracht worden sind und die die Durchführung der Sozialreform abermals gefährden. Die auswärtige Kommission der Kammer hat am Mittwoch auf einen neuen Vorstoß des Abgeordneten Franklin Bouillon beschlossen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die die Erfüllung der Forderungen über die tatsächliche Entmilitarisierung der Rheinlandschone am Ort und Stelle nachprüfen soll.

Deutsch-französische Verständigung.

Paris, 28. November. Der „Excelsior“ veröffentlicht am Donnerstag ein Interview mit dem Reichsinnenminister Brüning über die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Man dürfe nicht glauben, daß vor Stresemann dieser Gedanke keine Anhänger gehabt habe. Er selbst sei dafür schon seit dem Jahre 1910 eingetreten. Auch die Weimarer Revolution habe sie immer ertritten. Vor Stresemann hat die Gelegenheit zur praktischen Durchführung nicht vorhanden gewesen, da die notwendigen gegenseitigen Zugeständnisse von der öffentlichen Meinung beider Länder abgelehnt worden wären. Die Augenbegegnung seien damals noch maßloser gewesen. Die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa sei erst möglich, wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich voranzugehen sei. So, er glaube sogar, daß diese Zusammenarbeit vorher noch auf das politische und finanzielle Gebiet ausgedehnt werden müßte.

Der Konflikt im Osten

Wird der Völkerbund helfen?

Das Telegramm Litwinows an Tschanghuchliang.

(SIP) Moskau, 27. November.

Litwinow hat an Tschanghuchliang auf dessen Angebot, die Lage an der Dschinabahn, wie sie vor dem Konflikt auf Grund des Peking- und Putschvertrages bestand, wieder herzustellen, ein Autorisierungstelegramm geschickt, in dem es heißt, die Sowjetregierung empfehle, als Direktor der Dschinabahn Tschanghuchliang und als stellvertretenden Direktor Gimon wieder einzusetzen. Weiter schlägt die Sowjetregierung vor, einen Bevollmächtigten Chinow nach Chabarow zu entsenden und ermächtigt überdies den Agenten des Außenministeriums in Chabarow zur Bekämpfung der endlichen Verwirklichung der Befreiung der verhafteten Sowjetbürger und zur Bekämpfung über die Fragen der Einberufung einer chinesisch-sowjetischen Konferenz.

hat in ihrem Konflikt mit der Sowjet-Union um die nördliche Mandchurie eine doppelte Initiative von weittragender Bedeutung ergriffen. Sie hat einmal in einer Note an den Völkerbund und an die Signatarmächte des Kellogg-Pactes appelliert und um die Freigabe der „georgienischen Maßnahmen“ gegen den erlassenen Einbruch sowjetischer Truppen in chinesische Gebiet erlucht; außerdem hat sie in Moskau selbst einen konkreten Vorstoß überreichen lassen, der auf die schnelle Beilegung des immer kritischer und blutiger gewordenen Konfliktes auf folgende Art hingielt und den wir gefolgt anscheinlich verständlichen. Dieser Vorstoß erstreckt

beiderseitige Zurückziehung der Truppen um je 30 englische Meilen (etwa 48 Kilometer) von der Grenze, Ueberweisung des gesamten Streitfalles an eine neutrale schiedsrichterliche Instanz.

Das Bestreben der Regierung von Kwantung geht offenbar dahin, nicht nur Moskau in eine

m-räufliche Zwangsloge zu versehen, sondern auch den Völkerverbund, sowie Amerika als Schöpfer und Unterzeichner des Antikriegspaktes, zu einem Eingreifen zu zwingen. Die Sowjet-Union hat bereits im Sommer nachdringender eine amerikanische und eine französische Vermittlung abgelehnt. Sie konnte sich diese Ablehnung zunächst gefahrlos leisten, weil dieser Schritt, wenigstens nach außen hin, spontan erfolgt war. Jetzt aber, wo es die chinesische Regierung selbst ist, die die Völkerverbund- und Kellogg-Pakete ablehnt, entsteht eine völkerverfeindliche ganz andere Situation, zumal Kiang feierlich ein konkretes Schiedsangebot an Moskau gerichtet hat.

Für den Völkerverbund schafft dieser Schritt eine recht schwierige Lage. Der Konflikt, an dem es sich handelt, spielt sich in ganz fremden Gebieten ab, seine diplomatische Vorgeschichte ist zum mindesten unklar, die tatsächlichen Vorgänge, die in gegenseitigen Beschuldigungen zur Sprache gebracht werden, lassen sich von China aus vorläufig nicht nachprüfen, außerdem ist Sowjet-Rußland nicht Mitglied des Völkerverbundes. Aber China ist es, und bei Fall, daß ein Mitglied den Völkerverbund zur Hilfe gegen ein Nichtmitglied anruft, ist im Völkerverbund ausdrücklich vorgesehen, die gegen ein Eingreifen des Völkerverbundes sprechen würden, können völkerverfeindlich keine Rolle spielen; der Völkerverbund ist verpflichtet, dem einseitigen Antrag stattzugeben.

Es wäre nun besser, daß die Hauptmächte auf China einen starken Druck

ausüben würden, damit es keinen Antrag zu rücken ablehne. Das ist schon einmal der zwei Jahren gegenüber einem billigen Antrag gegen Italien geschehen. Sogar! Denn damit hat der Völkerverbund sein Bestehen nicht erhöht, sondern eher den Einbruch erzwungen, daß er sich moralisch und materiell noch nicht stark genug fühlt, um seinen Einfluß gegen eine Großmacht in die Waagschale zu werfen. Es ist entscheidend, daß abzurufen, diesen Streitverlauf nun gegen China zu wiederholen, denn damit würde sich der

Völkerverbund abermals schwer diskreditieren.

Das obigen: Wenn Kiang einen solchen Druck nicht ablehnen würde, dann hätte sich diplomatische Drummschreiben mehr. Denn ist die Rechtslage, was einseitig durch China hat sich bereit erklärt, den Konflikt auf dem Wege eines Schiedsgerichts zu schlichten, es hat durch den Vorschlag der beiderseitigen Jurisdiktion von Truppen auch die materielle Bereitschaft bezeugt, blutige Zusammenstöße zu vermeiden — nun hätte sich ausschließlich Moskau zu entscheiden. Würde es nach wie vor die angebotene Schlichtung ablehnen, dann träte der Völkerverbund automatisch in Kraft. Es würde keine militärische Intervention zu sein, wohl aber die Völkerverbundmächte könnten wieder, aber die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die der Genfer Pakt vorsieht, wären nicht zu umgehen.

Das müßte die Sowjetregierung bedenken und es sich dreimal überlegen, bevor sie den einseitigen Vorschlag offiziell als „heuchlerisch“ ablehnt, wie es die kommunistische Presse vorzeitig tut. Denn die Folgen könnten

für Rußland und das bolschewistische Regime verhängnisvoll werden.

Koalitionregierung in China?

„Morning Post“ berichtet aus Peking: Es scheint jetzt sicher, daß die gemeinsamen Regierungsregie in Honan und Szechuan ins Reich der Fabel gehören, dahinter eine Vereinbarung erzielt wurde, bezwungene Kämpferstaaten demnach juristisch wird, und daß Verhandlungen im Gange sind, um eine Koalition herbeizuführen, auf der die verschiedenen Gruppen vereinigt werden, eine Koalitionregierung zu organisieren. Der Reichspräsident hält es für unbedenklich, daß die Militärs in Nordchina und der Reichspräsident der Nationalisten zustimmen werden. Die Aussichten für eine vereinte Regierung seien daher günstig.

Der Reichstag berät:

Bau von Arbeiterwohnungen

Für Landwirtschaft und Bergbau - Wiffell entwirft die Kommunisten

Berlin, 27. November. (Eig. Draht.) Die Winterarbeit des Reichstages hat am Mittwoch mit einer ruhigen und sachlichen Sitzung begonnen. Ohne Aufschrei wurde das Diktum Gesetz in erster Lesung angenommen. Dieses Gesetz unterteilt die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr von Opium, Kokain, Indischem Gump, Morphium und ähnlichen Giften der Aufsicht des Reichsgesundheitsamtes.

Eine kurze Aussprache rief der Gesetzentwurf über die Ausfuhr von Kunstwerken hervor. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schulz (Bremer), der frühere Staatssekretär im Reichsinnenministerium, gab eine Darstellung der

Kritik an der herabragenden deutscher Künstler.

Er verlangte, daß Reich und Länder gegenüber vielen Kulturträgern mehr als bisher ihre Pflicht überließen. Die Vorlage wurde dem Reichsausschuß übergeben.

Ein Gesetzentwurf über die Anstellung von Landarbeitern, der vom Reichsarbeitminister Wiffell eingebracht wird, verlangt die Mittel für die Anstellung von Land- und Forstarbeitern und ländlichen Handwerkern. Der sozialdemokratische Abgeordnete Behrens befragte, daß bisher zu wenig Mittel für Landarbeiter-Ziele herangezogen worden seien. Reichsarbeitminister Wiffell erklärte, er habe im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die zuständigen Ressorts ermahnt, noch in diesem Haushaltsjahr in gewissem Umfang weitere Verpflichtungen zur Förderung der Landarbeiter-Ziele auf Kosten des Reiches eingehen. Der vorliegende Gesetzentwurf solle insbesondere die

bedeutsame Entlohnung des Ostens

anpassen. Großen Eindruck machte die Mitteilung Wiffells, seit dem Jahre 1921 hätten Reich und Länder mit Hilfe von Mitteln der produktion Arbeitslosenfürsorge 55 130 Landarbeiterwohnungen errichtet, darunter 30 388 Eigenheime und 24 964 Werkwohnungen. Seit der Fertigstellung der Wohnung seien 166 Millionen Mark für diesen Zweck verwendet worden. Der sozialdemokratische Landarbeiterführer Schmidt (Rheinland) erklärte, an sich würde die Unterbringung in Mietwohnungen für die Arbeiter nützlicher sein. Aber an diesen Mietwohnungen sei ja ein so großer Mangel. Es bestrebe nach wie vor die Tendenz der landwirtschaftlichen Unternehmer, die Landarbeiter

zu zwingen, bezwungene Kämpferstaaten demnach juristisch wird, und daß Verhandlungen im Gange sind, um eine Koalition herbeizuführen, auf der die verschiedenen Gruppen vereinigt werden, eine Koalitionregierung zu organisieren. Der Reichspräsident hält es für unbedenklich, daß die Militärs in Nordchina und der Reichspräsident der Nationalisten zustimmen werden. Die Aussichten für eine vereinte Regierung seien daher günstig.

Wiffell entwirft die Kommunisten

in ihrer Freigabe zu hemmen. Die Kritik des sozialdemokratischen Abgeordneten Behrens ist vollkommen abwegig. Im alten Preußen seien vom Jahre 1908 bis 1919 ganze 990 Landarbeiterwohnungen gebaut worden, also nur ein winziger Bruchteil der vom jetzigen Reichsarbeitminister genannten Zahlen.

Es folgte die Beratung eines Gesetzentwurfes über Bergmanns-Erdbeben. Es handelt sich um die Erdbeben, die aus Mitteln der öffentlichen Reichskasse gebaut werden, und zwar auf Grund einer vom Reichsstatthalter vorgeschriebenen Kohlenabgabe. Es haben sich vereinigte Unternehmer geweigert, diese Abgabe zu zahlen und das Reichsgericht hat sie außer Bestand gesetzt, weil der Reichsstatthalter nicht befragt sei, eine solche Abgabe zu erlassen. Um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, legte Reichsarbeitminister Wiffell diesen Gesetzentwurf vor. Obwohl es sich hier also nur um Bergbau und um eine Sicherung der

Arbeiterwohnungen gegen das Festschließen handelt, brachte es der kommunistische Abgeordnete Jabsch fertig, natürlich auch diese Gelegenheiten zu Angriffen auf die Sozialdemokratie und ihren Arbeitsminister zu benutzen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Jabsch erwiderte, daß die Sozialdemokratie das Gesetz begrüße, da es durch den in der Interessengruppe der Bergarbeiter liegt. Die Vorlage wurde dem Wohnungs- und Gesundheitsausschuß überwiesen.

Der Abgeordnete Graf (Dresden) begründete dann einen kommunistischen Antrag, der die Reichsregierung auffordere, den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern, sowie allen für den Reichstag bestimmten Bitterbeihilfen in Höhe von 10 bis 30 Mrd. zu gewähren. Reichsarbeitminister Wiffell wurde noch, daß er seinen ersten Satz vollenden konnte, mit einem Hagel von wahren Schimpfwörtern aus dem Reichen der Kommunisten bedeckt. Präsident Rößler erwiderte mehrere Ordnungsansprüche. Der Reichsarbeitminister verwarf sich gegen die kommunistischen Behauptungen, daß er kein Herz für die Sozialrentner habe. Er würde gerne dem Antrag der Kommunisten zustimmen, der etwa 160 bis 170 Millionen Mark erfordere, wenn ihm

die Mittel zur Verfügung gestellt würden. Schon im vorigen Jahre habe der Reichs-

tag einmalige Beihilfen abgelehnt und dafür eine allgemeine Erhöhung der gesetzlichen Renten beschlossen. So seien im Laufe der letzten Rentenjahre nicht weniger als 150 Millionen mehr für die Invalidenversicherung zur Verfügung gestellt worden.

Der Abgeordnete Raebel (Rom.) befragte die Erhöhung der Sozialrenten sei in keinem einzigen Falle den Sozialrentnern wirklich zugute gekommen. Wiffell würgte die frecheren Kommunisten noch einmal einer Erwiderung. Er sagte, daß die erhöhten Sozialrenten ausbleibe. Allerdings sei Laokoö, daß in manchen Ländern und in manchen Gemeinden infolge der Erhöhung der Sozialrenten eine Minderung der Wohlfahrtsunterstützung eingetreten sei. Er selbst habe durch ein Rundschreiben an die Landesregierungen verlangt, daß dies aufhöre. Die Kommunisten wüßten ganz genau, daß er als Reichsarbeitminister keine Gefährdung der Länder und Gemeinden hätte. Es sei zwecklos, daß die Kommunisten im Reichstag ihre Reden hielten; sie müßten in der Gemeinde die Arbeit tun, daß die Richtung der Wohlfahrtsunterstützung unterließe, aber in den Gemeinden

pflegten die Kommunisten zu verlegen. Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

20 000 Wohnungen gebaut.

Die freien Gewerkschaften nahelebende Demog (Deutsche Wohnungsgesellschaft AG für Bau, Anfertigung und Arbeiter) beschloß am Mittwoch in einer außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung ihres Grundkapitals um 3 auf 3 Millionen Mark. Der Beschluß muß bis zum 31. Dezember 1930 durchgeführt werden.

Der Antrag wurde in der Generalversammlung von dem Vorsitzenden des Demog begründet. Er wies darauf hin, daß die Demog im Jahre 1929 rund 7000 Wohnungen gebaut hat gegenüber 7750 im Jahre 1928 und 4000 im Jahre 1927. Für die Erbauung von rund 30 000 Wohnungen hat sie 110,6 Millionen Mark aufgebracht. Davon sind 101 Millionen Mark von fremder Seite beigesteuert worden. 9,6 Millionen — 8,5 Prozent der gesamten Baukosten wurden aus eigenen Mitteln, die als Mieterbeiträge aufgebracht. Die Mieterbeiträge, die im letzten Jahr fünfzigtausend eingegangen, die im letzten Jahr mehr als 7 Millionen Mark für die Finanzierung der im Jahre 1929 errichteten Wohnungen wurden 38 Millionen Mark erste Hypothek und 17 Millionen Mark Zinsaufschlag durch die Demog bereitgestellt. Für die Beschaffung von ersten Hypotheken kommt in erster Linie die Reichsbank in Frage. Die Höhe privater Hypothekentilgen hat man möglichst nicht in Anspruch genommen, um die damit verbundenen großen Kosten zu sparen.

Ueber den kommenden Abschluß teils Binnemittel, daß man nach den erforderlichen Aufschreibungen mit einem Ueberschuß von 300 000 Mark rechnen kann. Dadurch wird die Demog in die Lage versetzt, die Höchstzulassung von 5 Prozent auszulassen zu können. Die Entwidlung wird auch in Zukunft günstig verlaufen.

Ausführung im Stadttheater

„Die Männer der Nanon“

Operette von H. Göbe.

Die Männer aber die Nanon. Für eine Sängerin der Pariser Oper schließlich nicht viel. Immerhin sind es drei Männer, die ein Recht für sich in Anspruch nehmen, die Nanon als ihre Ehefrau betrachten zu können. Zwei ein junger Graf, der sich schon als Student in die berühmte Sängerin verliebt hat, ohne daß sie wollte, oder er befragt ist, die Grafentöchter zu fragen. Dann ein junger Schneidergeselle, der sich für einen künftigen den Grafen als Herr Grafen ansieht und durch operettenhafte Qualitäten im Grafenkleid zum Mann der Nanon als größter Gatte angetraut wird. Schließlich der alte Graf und Schloßbesitzer selbst, der am Schluß unerwartet auftaucht, aber natürlich großartig auf alle ehelichen und handesgemäßen Rechte zugreifen seines Neffen verzichtet.

Der Hauptton der Handlung: der Schneidergeselle, der für ein paar Stunden eine Grafentöchter spielen muß. Ein etwas abgeplantes Thema, das auch kaum in die heutige Zeit paßt. Schließlich ist der alte blaublindige Onkel als Graf kaum imponierender als der junge Schneidergeselle.

Immerhin ist die Operette genügend unterhaltsam. Dazu trägt zum Teil schon das Wiedererkennen bei. Die Herren Leutwiter, Reibhart und Gilbert haben sich die Sache allerdings manchmal zu leicht gemacht. Die Texte der einzelnen Duette und Terzette sind teilweise in einem schauerlichen Deutsch geschrieben. Walter Göbe, dem schon manche erfolgreiche Operette gelungen ist, hat zu den „Männern der Nanon“ die Musik geliefert. Alles ist auf den modernen Rhythmus eingestellt. Es gibt kaum eingeborene, sondern in der Hauptrolle Langweil und Terzette. Wiffell sagt ein hübsches Stück davon. Jedenfalls fehlt es meistens eine flüssige Melodie und sind auch wirkungsvoll instrumentiert.

Die Spielleitung Paul Herzl und der Dirigent Tollenberger hatten für die nötige Operettenstimmung gesorgt. Einige Erweichungen in der medialen sehr geschätzten Handlung würden die

Sache wahrheitlich noch wirkungsvoller gemacht haben. Charlotte Wegener als Nanon würde gefällig an ihre Kollegin aus Paris vielleicht herangereicht haben. In ihrer Darstellung hätte man gern noch etwas mehr Temperament gesehen. Sie darf schließlich in der Rolle nicht besessen, daß sie zur Größe erst durch die Zeit wird. Es war Schicksal, daß der junge Graf Kasalbi verunglückte die Eleganz des italienischen Adels mit dem Temperament der jungen Studenten. Sehr bezeichnend war Maxion Kaufmann als Schneidermeisterstöcher, die zusammen mit Max Stojewski, dem Schneidergesellen und Pseudogegen, sich in den Dauterhof des Abends teilte. In den kleineren Rollen bewährten sich Felix Korfelt, Paul Herzl und Anton Brigg. Sehr hübsch waren die Bühnenbilder und die Kostüme. Das Publikum war von manchen Schlegeln zu begeistern, daß sie mehrmals wiederholt werden mußten. Das Stadtheater dürfte in der nächsten Zeit in dieser Operette ein Kassensüß haben. E. L.

Kampfmeyer.



ber bekannte Publizist und Direktor der Sozialdemokratische wird in diesen Tagen 65 Jahre alt.

Arbeiter-Sängerchor-Konzert.

Fremdländische Musik.

Reitung: Herbert Schulze.

Als wir in das Programm des gestrigen Konzerts Einblick genommen, mußten wir staunen, mit welcher Sachkenntnis und Vielseitigkeit es zusammengestellt war. Wir belamen wertvolle Materialien aus fremden Ländern zu hören, darunter umfangreiche Kompositionen, die uns gefesselt aufhorchen ließen.

„Vogelzug“ von Otto de Nobel leitete den Abend ein, der Chor ist bei uns schon bekannt und gab besonders den Zuhörer Gelegenheit, die große Schilffahrt zu sehen. Als zweite Nummer Programm aus der Oper „Il Masnadieri“ von Verdi. Wir finden hier viel Kraft und Wärme des Ausdruckes, die musikalische Konzeption geht mit der dichterischen Hand in Hand, ein — im Verhältnis der damaligen Zeit — mannigfaltiger Rhythmus kennzeichnet dieses Opus, aber die kontemplative Arbeit erscheint ziemlich dürftig. Eine recht schwierige Aufgabe hat sich der Chor in Smetanas „Eine Schöpfung“ gestellt, eine Arbeit, die mit zu den schönsten kleineren Gewerken gehört; hier zu tiefster Empfindung sich sammeln, dort in beider Lebenslust aufzukommen, flügel sie überall gemüßvoll und wahr, nirgends in die Extreme des Gesuchten oder Trivialen verfallend. Es folgten zwei Chöre von den russischen Großmeistern Tschajkowsky und Mussorgsky, die in ihrer Inspannung, schlichten Form überaus Lebenswürdiges und Amiges enthalten; mit einer Sonnenklarheit intoniert der Chor das machtvol aufsteigende Thema, das im Verlauf den Schluß reizender Figuratur durchdringt.

Werke von ganz anderem Kaliber waren die Chöre von Schubert und Schumann, höchste Intentionen, unabsehbarer Umfang modernster Schule kennzeichnen sie, dabei zeigen sie die raffinierte Hand des erfahrenen Praktikers.

Eine filigräne Abwechslung bot das Konzert durch das Op. 79 von Saint-Saens für Flöte, Oboe, Klarinette und Klavier, ferner ein geistreiches Quintett von Rimsky-Korsakow für Flöte, Klarin-

ette, Horn, Fagott, Klarinet, das fast musikalische Entzückungserlebnis enthält, welche die sibirischen Steppen überdauert. Beide Werke wurden hochachtungsvoll wiedergegeben durch die Hallische Männervereinigung, die sehr wertvoll unterstützt wurde durch Ernst Kramer am Flügel.

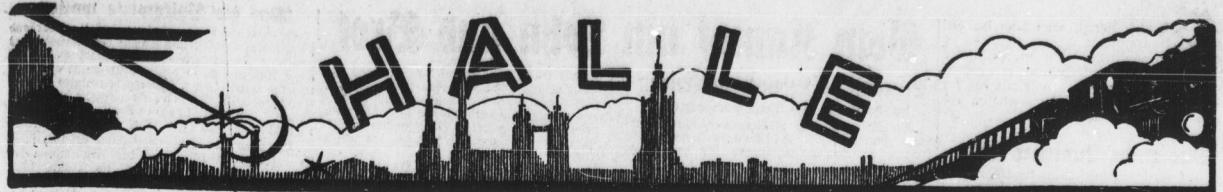
Die Vorgänge des ganz ausgezeichneten und professionellen Chores dieses Vereins, Herbert Schulze, hatten sich in dieser schwierigen Aufgabe voll bewährt. Natürlich, wie jeder Sänger mit Begierde bei der Sache war, dabei drängte sich seiner vor, seiner Stand würdig. Durch diese Tat hat Herbert Schulze den Chor auf das hohe Niveau gebracht; man kann nur wünschen, daß der Verein auf dieser Weise weiter so arbeiten möge. S. S.

München, so sieht es aus.

Die Reichsregierung der hiesigen Sammerlöhnerfrage gegen das Verbot der Aufführung von Bruders Gebrüder“ ist vom bayerischen Innenminister abgelehnt worden. Die bayerische Regierung ist danach in Uebereinstimmung mit der Polizeidirektion der Anmahnung, daß die öffentliche Aufführung des Stückes, trotzdem es schon über hundert Jahre besteht, durch die bayerische Regierung abgelehnt wird, das Ansehen der Reichsregierung und das Vertrauen in sie schwer zu schädigen. Jetzt besteht nur noch die Möglichkeit einer Abänderung an den bayerischen Verwaltungsbehörden. Es dürfte jedoch von vornherein ausgeschlossen sein, daß der Reichspräsident dieses Verbot abheben würde, da er die Reichspräsidenten und der Generalstaatsanwalt der nicht weniger reaktionäre ehemalige bayerische Justizminister Rößler.

Bollisches Theater- und Kunstleben.

„Schiller“ im Thalia-Theater. Im kommenden Sonntag wird im Thalia-Theater Opern-Raffine, die Schiller-Oper „Die Räuber“ von Friedrich Schiller, die die bayerische Regierung abgelehnt hat, im Thalia-Theater aufgeführt werden. Die Aufführung wird durch die bayerische Regierung abgelehnt werden, da es sich um ein Werk handelt, das die öffentliche Aufführung des Stückes, trotzdem es schon über hundert Jahre besteht, durch die bayerische Regierung abgelehnt wird, das Ansehen der Reichsregierung und das Vertrauen in sie schwer zu schädigen. Jetzt besteht nur noch die Möglichkeit einer Abänderung an den bayerischen Verwaltungsbehörden. Es dürfte jedoch von vornherein ausgeschlossen sein, daß der Reichspräsident dieses Verbot abheben würde, da er die Reichspräsidenten und der Generalstaatsanwalt der nicht weniger reaktionäre ehemalige bayerische Justizminister Rößler.



Um die kommunale Regierung

Zur Wahl der Bürgermeister, Beigeordneten, Gemeindevorsteher und Schöffen

Panik in der Frauenklinik.

Herzge, Affektge, Schwestern, Wärter, alles läuft in heller Aufregung durch die Korridore, Operationsäle, Waißräume. Die Kranke spüren die Aufregung in der Stille ihrer Zimmer, Unruhe dringt bis an ihre Türen, die sonst Stille eines eifigen Schwiegens sind.

Panik in der Frauenklinik. Was ist geschehen? Ein unerklärlicher Verlust ist gemeldet worden, ein Verlust im Werte von 20 000 bis 25 000 RM., ein Verlust, der eigentlich mit Geldwert überhaupt nicht aufgezogen werden kann, da das Leben von Menschen an ihn geknüpft ist:

Dreiviertel Gramms Radium sind verloren gegangen.

Dreiviertel Gramms von jenem eigenartigen Stoff, von dem die Welt nur wenige Gramm besitzt und der wertvoll ist durch seine Eigenschaften, daß er bei einem zunehmenden Abgang Strahlen ausstrahlt, die besonders Krebskranken die einzige Heilung bringen können.

Dieshalb der Verlust, das ist hier die Frage! Ein Rätel breitet sich über das Verschwinden dieses Dreiviertel-Gramms Radium, an dem das Leben von Menschen hängt. Man hatte den teuren, immer sorgsam gehüteten Stoff zu einer Behandlung gebraucht. Er befand sich außerhalb des Aufwahrungsbereiches in den Händen der Abteilungsleiter, in deren Obhut er sich auch jetzt befindet. Die Schwester wurde von Angst auf lange Zeit aberlassen. Sie legte das Radium zum Weigen in eine Schale, verzog jedoch am gleichen Tage sich weiter um den verbleibenden Betrag zu kümmern. Und am nächsten Tage war es dann: „Unser Radium ist fort!“

Alle Bebel werden nun in Bewegung gesetzt, um den verlorengegangenen Behälter wiederzufinden. An einen Diebstahl glaubt man nicht. Herababstufung, Mülleimer, Decken werden mit dem Radioaktivität, mit dem man das Vorhandensein von Radium feststellen kann, abgeprüft. Sogar der Schornstein wird durchstöbert, alle Schächte und Gänge inspiziert. Nichts zu finden. Die städtische Müllabfuhrstelle in Rietleben wird umgegraben. Nichts zu entdecken.

Das Dreiviertel-Gramm Radium ist und bleibt verschwunden. Besonders fieberig werden durch den Verlust natürlich die an Krebs leidenden Patienten, deren Heilung einzig von der Radiumbestrahlung in Verbindung mit Röntgenstrahlung abhängt, ferner der Direktor der Klinik, der für das Radium persönliche Haftung übernommen hat. Panik, Aufregung, Gefahr für Menschenleben, und alles wegen eines Dreiviertel-Gramms Radium.

Der Zote im Burggeben.

Am 14. Oktober wurde der Botanikassistent am Chemischen und pharmazeutischen Institut der Universität Halle Dr. Oberberger aus Innsbruck im bewußtlosen Zustande im Burggeben der Wäpferburg aufgefunden. Der Zote hat während der Bewachung in der Medizinischen Klinik im Krankenwagen ein. Die Befragung ergab den Verdacht einer Miasma-Vergiftung. Dieser Verdacht ist durch die mikroskopische chemische Untersuchung einwandfrei bestätigt worden. Die anschließenden Ermittlungen lassen nur den Schluß auf Selbstmord zu.

Eine Frau freitag aus dem Juge

Auf der Straße Leipzig-Halle, und zwar zwischen den Stationen Schleiß-Brühl und Wangen Mittwoch vormittag eine Frau auf offener Straße aus dem fahrenden Zug. Sie blieb auf den Schienen des Nebengleises liegen. Der Zug wurde durch Rotkreuz-Mann gehalten gebremst. Die Frau wurde nach Halle ins Krankenhaus geschafft und wurde festgehalten, daß es sich um eine geflüchtete Frau namens Maria Hartmann aus Helmstedt handelt.

Salle im Preußen-Stad.

In dem dem Weuflischen Landtag kürzlich vorgegangenen Staatshaushaltsplan sind auch mehrere Stellen anfallen, die die Stadt Halle angehen. Es sind Rekruten herangezogen für eine Reihe von Lehrern und Behörden, die sich zurzeit in ungeliebenden oder gemieteten Räumen befinden. Der Schlichtungsausschuß, das Verwaltungsamt, mehrere Ratiermeister und andere. Die Stellen für diese Rekruten sind auf 300 000 RM. berechnet, die im Etat insgesamt 170 000 RM. stellen einen ersten Teilbetrag dar. Das Kultusministerium legt in den letzten Jahren von 188 500 RM. für den Umbau der alten Medizinschule und Kinderklinik. Hierin waren insgesamt 345 500 RM. notwendig, die einzelnen Jahre über sind bis noch zu bewilligende. Es sind die für die benötigten 116 700 RM. für den Ankauf der Flächen an das Fernheizwerk der Stadt, der letzte Teil der Gesamtsumme in Höhe von 751 700 RM. für die Granden-Einrichtungen werden 80 000 RM. für Umbau-Rechnungen angefordert.

Die Gemeindevorstände liegen hinter uns und haben sehr erfreuliche Erfolge gezeitigt. In vielen Gemeinden haben unsere Freunde nunmehr die Mehrheit gewonnen, in anderen ihre Positionen wesentlich verstärken können. Nun gilt es, das Erreungene festzuhalten und bei den Wahlen der ehrenamtlichen Gemeindevorstände auszuwerten. Ueber die jetzt notwendigen Handlungen herrschen noch manche Unsicherheiten in vielen Gemeinden. Es ist deshalb auf einige Bestimmungen verwiesen, die bei den kommenden Wahlhandlungen zu beachten sind.

Nach der Wahlordnung vom 25. Juni 1929 (§§ 67 bis 80) muß der Wahlvorstand das Wahlprotokoll sowie die Stimmzettel dem Gemeindevorstand einreichen, der die ordnungsmäßige Vollziehung der Wahl, die Berechnung der abgegebenen Stimmen und die Richtigkeit der über die Gültigkeit oder Ungültigkeit vom Wahlvorstand getroffenen Entscheidung zu prüfen und Redensarten oder andere offensichtliche Unrichtigkeiten zu berichtigen hat. Der Gemeindevorstand stellt dann das Gesamt-Ergebnis der Wahl im Gemeindevorstand fest und nimmt die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorsitzer vor (§ 77). Auch über diese Verhandlung ist eine Niederschrift anzufertigen.

Der Gemeindevorstand hat die Gemächten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Aufstellung der Niederschrift über die Annahme der Wahl zu erklären. Geht innerhalb dieser Frist eine Erklärung nicht ein, so gilt die Wahl als angenommen. Eine Annahme unter Vorbehalt jedoch als Ablehnung. Nehmt ein Gemächter die Wahl an, so hat der Gemeindevorstand den Erlaßman zu beauftragen und auch diesen zur Erklärung über die Annahme der Wahl aufzufordern. Das sonstige festgesetzte Wahlverfahren nach der Wahlordnung ist in der Regel der Wahlvorsitzer bekannt. Vom Tage dieser Bekanntmachung (in der Regel der 26. November) läuft die Frist zur Erhebung von Einsprüchen gegen die Wahl. Einsprüche müssen innerhalb zwei Wochen — also demnach spätestens am 10. Dezember — eingereicht werden.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist beschließt die neue Gemeindevertretung über die Einsprüche sofort wie über die Gültigkeit der Wahl vom Amt und zwar bereits in der ersten Sitzung. Der Beschluß der Gemeindevertretung ist dem Ein-

spruchserheber unverzüglich nach der Beschlußfassung zuzustellen. Wird die Wahl für gültig erklärt, so bedarf es einer nochmaligen Bekanntmachung des Wahlergebnisses nicht. Wird die Wahl eines einzelnen Gemeindevorsetzers endgültig für ungültig erklärt, so hat der Gemeindevorstand sofort zu wählen, wer als Ersatzmann nachrückt. Wird die ganze Wahl endgültig für ungültig erklärt, so hat der Gemeindevorstand dies wieder in örtlicher Weise bekanntzugeben und den Tag der Neuwahl gemäß § 6 Abs. 5 des Gesetzes vom 9. April 1923 zu bestimmen.

Nach den Bestimmungen der Städteordnung ist die Stadtverordnetenversammlung spätestens nach Ablauf von sechs Monaten und nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung die Gemeindevertretung spätestens nach Ablauf von drei Monaten neu zu wählen. Wird die Wahl für gültig erklärt, hat der Gemeindevorsteher eine weitere Sitzung einzuberufen. Zwischen dem Tage der Einberufung und der Abhaltung der Sitzung müssen in diesem Fall mindestens sieben freie Tage liegen, oder: Einberufung am 11. Dezember und Abhaltung am 20. Dezember. Dabei sind Tag, Ort und Stunde der Sitzung genau anzugeben. Die Wahlfrist ergibt sich aus den §§ 59 und 76 der Landgemeindeordnung. Ferner ist zu beachten, daß mit der öffentlichen Bekanntmachung der Sitzung gleichzeitig die Aufforderung ergeht, Wahlvorsitzer für die Schöffenswahl einzureichen mit dem Hinweis, daß die Vorschläge von einem Fünftel der Wahlberechtigten — also der Gemeindevorsteher — gefügt sein müssen. Wählbar sind alle über 25 Jahre alten, in der Gemeinde ansässigen Personen (also auch Frauen), außer wenn sie entmündigt oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Die Wahlen werden, wenn niemand widerspricht, durch Zuzug, sonst durch Wahlstube von Stimmzettel vollzogen. Im letzteren Falle ist der übliche Wahlvorstand zu bilden.

Die vielfach vertretene Meinung, daß bei der Wahl des Bürgermeisters, des Gemeindevorsetzers und der Beigeordneten die Schöffen mitzuwählen hätten, ist irrig. Das Gesetz vom 14. Juni 1924 bestimmt ausdrücklich, daß die Gemeindevorsteher, Beigeordneten, Stellvertreter und Schöffen in Randgemeinden, der Bürgermeister und sonstige

SPD., Ortsverein Halle.

Am Donnerstag, dem 28. November, abends 6 Uhr, findet im Parteibureau, Satz 42/44, Hof, 2 Treppen, eine

Unterbezirks-Vorstandssitzung,

um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, eine

erweiterte Vorstandssitzung mit den Bezirksführern und -assistenten

statt. Die Gewählten werden um bestimmtes und pünktliches Erscheinen gebeten.

Das Sekretariat!

SPD. Metallarbeiter!

Kommenden Sonnabend, dem 29. November, findet im Gewerkschaftshaus abends 7 1/2 Uhr eine sehr wichtige Sitzung der sozialdemokratischen Metallarbeiter statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Verhältnisse in der Verwaltung Halle,
2. Stellungnahme zu der in Eilenburg stattfindenden Bezirkskonferenz und Aufstellung der Kandidaten.

Mit Rücksicht auf die vier tägliche Tagesordnung und da bereits am 4. Dezember die Generalversammlung der Verwaltung Halle stattfindet, so die Delegierten zur Bezirkskonferenz am 16. Dezember in Eilenburg gewählt werden, wird dringend ersucht, daß alle Kollegen der anstehenden Richtung, besonders auch die Generalversammlungsbelegten, erscheinen, damit ein einheitliches und geschlossenes Auftreten auf der Generalversammlung ermöglicht wird.

Der Sekretärskommissionar, J. A. E. Sange.

Gewerkschaftsvorstände!

Morgen, Freitag, dem 29. November, 1924 Uhr, findet im „Hofspart“, Keiner Saal, eine wichtige

Sitzung der Gewerkschaftsvorstände statt. Alle Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften sind verpflichtet, an der Sitzung teilzunehmen.

Der Vorstand des Christenarbeitsvereins Halle des RWDR.

Kommunistischer Anschlag abgewehrt

Der Kampf um die Genossenschaft

Härtel darf noch nicht an die Konsumkuttertruppe - Die Aufschwüfung der ungelieblichen Vertreterbeschlüsse unterlag - Der kommunistische Eigenanstand bezeichnet sein Parteiorgan als Schwindelblatt

Halle, den 28. November.

In der Vertreterversammlung des Allgemeinen Konsumvereins, in der die SPD. durch Ausübung unehrerlichen Wahltreros eine qualifizierte Mehrheit hat, unternahm, wie berichtet, die kommunistische Partei den Versuch, die längst beschlossene Säkularisierung voranzutreiben, durch die heillosen Konsum-Genossenschaft zu einer ausschließlich kommunistischen Parteieinrichtung umgewandelt wird. Der Vorstand sollte aus zwei auf fünf Mitglieder erweitert werden, womit die Möglichkeit geschaffen war, die beiden bisherigen Vorstandsmitglieder, die nicht mehr so ganz zuverlässigen Kommunisten Schöbel und Fischer zu ersetzen.

Als Kommandeur des so geschaffenen „Roten Proletariats“ war der bei der angeblichen roten Hilfe wegen schlechten Geschäftsganges abgewiesene Spitzenkandidat Härtel vorgezogen. Gegen diese Wahl und die sonst noch von den Kommunisten gefassten Beschlüsse war von sozialdemokratischer Seite Einspruch beim Genossenschaftsrichter erhoben und beim Landgericht der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt worden. Durch eine gestern gefällte Entscheidung hat das Gericht dem arbeitereinfachen Treiben der Kommunisten ein Ende gesetzt.

Nach mehr als zweifelhafte Verhandlung hat das Landgericht entschieden, daß

dem Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft unter Androhung einer Geldstrafe von 5000 Reichsmark für den Fall der Zuwiderhandlung untersagt ist, die zur rechtserheblichen Entscheidung des Hauptverfahrens am 27. Oktober 1923 gewählten Vertreter zu weiteren Vertreterversammlungen einzuberufen.

Kerner ist dem Vorstand und Aufsichtsrat untersagt, in der Vertreterversammlung vom 10. November 1923 gefassten Beschlüsse über die Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder und über die Verminderung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auszuführen.

Der Justizrat war gestern fast ausschließlich mit Parteimännern gefüllt, die glauben, durch ihre Anwesenheit den Eindruck zu erwecken, als seien sie die geeigneten Förderer des Konsumvereins. Diese Verlesung und derjenigen, die nicht mehr mitreuen sind, gegenüber Härtel, war vergebens. Im Laufe der Verhandlung schienen sich selbst die kommunistischen Prozedur treiber davon überzeugt zu haben, daß sie mit ihrem Vorbringen lediglich die Sympathien der erkrankten Kommunisten hatten. Infolgedessen stellte Härtel den Antrag, daß, falls das Landgericht dem Antrage der Genossen Schaumburg und Müller stattgeben würde, die Vollstreckung des Urteils gegen Sicherstellung von 200 000 RM. abhänghig zu machen sei. Allgemeine Vertreter quittierte diesen Antrag. Selbst die Kommunisten konnten sich nicht enthalten, über die Richtigkeit des Antrags von Härtel zu disputieren.

Im übrigen scheint interessant, daß Härtel in der letzten Verhandlung erklärte, daß bei im „Hofspart“ erschienenen Artikel über den Versuch des ersten Verhandlungstermines und der Vertreterversammlung nicht den Tatsachen entspreche. Damit hat Härtel selbst den „Hofspart“ beschimpft, daß seine Mitteilungen vor Lügen trohen.

Nach Eingang der Entscheidungsurteile des Landgerichts werden wir auf die Angelegenheit zurückkommen.

Magistratsmitglieder in Städten mit Magistratsverwaltung

Magistratsmitglieder in Städten mit Magistratsverwaltung lediglich von den gewählten Gemeindevorsetzern (Stadtverordneten) gewählt werden. Die Schöffen und Beigeordneten haben also kein Stimmrecht; soweit sie jedoch zugleich Gemeindevorsteher oder Stadtverordnete sind, üben sie das Stimmrecht als Stadtverordnete bzw. Gemeindevorsteher aus.

Die neue Gemeindevertretung stellt also die Gültigkeit der Wahl fest, wählt die Schöffen, Beigeordneten und den Gemeindevorstand. Sind mehrere solche Stellen (Schöffen) zu belegen, so erfolgt die Wahl nach den Grundätzen der Verhältniswahl, d. h. die Stellen sind entsprechend auf die einzelnen Wahlvorsitzer nach der Reihenfolge der auf die Wahlvorsitzer entfallenden Stimmen zu verteilen. Ueber die Aufteilung der letzten Wahlstelle entscheidet bei gleichen Höchstzahlen der Bewerber Wahlvorsitzer das Los. Wird nach Stimmenmehrheit abgestimmt, d. h. über die Wahl des Bürgermeisters, des Beigeordneten, so ist derjenige gewählt, für den mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen abgegeben worden sind. Wird ein solches Ergebnis im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet zwischen denjenigen Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine enge Wahl statt, die, wenn auf mehr als vier Personen Stimmen gefallen sind, auf diejenigen drei zurückzuführen sind, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Werden auch im zweiten Wahlgang nicht mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen für eine Person abgegeben, so findet unter den zwei Personen, die bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine enge Wahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorliegenden zu ziehende Los, wer in die enge Wahl zu bringen oder im dritten Wahlgang gewählt ist.

Ueber die einzelnen Wahlhandlungen sind Niederschriften anzufertigen und die üblichen Protokolle und Gesellenlisten zu führen. Die Wahlhandlung muß unter allen Umständen stattfinden, selbst wenn nur ein Wahlvorsitzer eingereicht ist. Andersfalls ist die Wahl ungültig. Weiter sind nach § 4 des Gesetzes vom 8. April 1923 sämtliche wählbaren Mitglieder der Kommissionen und Deputationen neu zu wählen. Der Wahlmodus ist derselbe wie bei der Schöffenswahl. Die Gewählten sind vom Gemeindevorsteher umgehend in einer Erklärung über die Annahme der Wahl innerhalb einer Woche aufzufordern. Die gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bedürfen nach § 84 der Landgemeindeordnung der Bestätigung durch den

zuwachen. Die Höhe sich nicht zu sehr vermindern, denn die leichtere Denkmalsentlastung erfolgt nach dem Willen der Angehörigen. (Siehe Seite 2. Nr. 11 und 12.)

Einmaliges Eingreifen in den Anwaltsberuf.

Reise, den 27. November.

Der Vorsitzende des landlichen Schlichtungsausschusses Halle hat die Anwaltsfabrikanten von Halle und den Deutschen Anwaltsverband zu Einigungsverhandlungen auf Freitag, den 29. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, geladen.

Die hiesigen gewerkschaftlich organisierten Anwohner befinden sich seit fünf Wochen im Streit. Das durch diesen Streit das geschäftliche Leben in unserer kleinen Stadt stark erschwert wird, unterliegt keinem Zweifel. Denn scheint ein Wendepunkt in diesem für beide Seiten unvorzulegenden Kampfe einzutreten. Die streikenden Anwohner sind bereit, wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn ihnen die geringfügige Lohnherabsetzung gewährt wird.

Kasse. Jigunerniederlassungen. Vier hiesige sind große Anzahl Jigunerniederlassungen. Sie liegen ihre Herde frei auf den Weiden herumlaufen die Ziegenhürden hatten ihre Poren an den Säumen festgemacht, so daß den dortigen Anwohnern die Straße geradezu unheimlich geworden war. Die Besatzung hat nun nach eingetragenen und Jigunern zum Entfernen ihrer Ziegenhürden veranlaßt. Der angelegte Schaden wurde zum Teil durch die Jigunern ersetzt.

Mansfelder Kreise

Neuer Generaldirektor der Mansfeld AG.

Am Dienstag tagte eine Sitzung des Aufsichtsausschusses der Mansfeld AG. In der Sitzung wurde auf Vorschlag des Aufsichtsausschusses zum Vorstandmitglied der Gesellschaft, und zwar als Vorsitzender des Aufsichtsausschusses, Herr Rudolf Stahl, hiesiger Vorstandmitglied der Demag (Duisburg), neu bestellt.

In der Notwehr erschossen.

Wie wir feinerzeit meldeten, wurde der Zimmermann Friedrich Müller in der Nacht zum 23. Oktober in Uteritz bei der Arbeit am schiefen Schindeldach tödlich getötet. Der Mörder ist unbekannt. Der Mord wurde durch den Mordkommissar Franz Schmidt aus Uteritz festgestellt. Müller wurde erschossen, als er sich gegen den Mordkommissar zu wehren versuchte. Müller wurde erschossen, als er sich gegen den Mordkommissar zu wehren versuchte.

Saalkreis

Fortschritte des SPD.

Jägerden, den 26. November.

In einer außerordentlichen Versammlung nach der 10. Sitzung des SPD. wurde die Entscheidung über die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert. Bei den Beratungen wurde die Teilnahme zum Allgemeinen Konsumverein in Halle und Umgebung erörtert.

Wahlkreis. Die Wahlen zur Gemeinderatswahl wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt. Die Wahlen wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt.

Kreis Dessau

Eilenburg ohne Wohnungsgeld?

Eilenburg, den 25. November.

Wenn man durch die Rückkehr der Gemeinderatsmitglieder in Eilenburg, den 25. November, fällt es einem auf, daß trotz großer Wohnungsnot eine große Menge von Mietwohnungen leer steht. Man fragt sich unwillkürlich, wie dies möglich ist. Über man wird schnell darüber aufgeklärt. Dieses Unwunder, Rückkehr, d. gehöret zu dem Willkürsystem und wurde nach Auflösung der Eilenburger Gemeinderatsmitglieder, eingetragene Mitglieder der Partei, angefaßt. Die Gemeinderatsmitglieder wurden zu Wohnungen umgewandelt. In der Folge ist eine große Menge unbenutzt. Diese Unwunder verlor die Stadt mit dieser Wohnungsgeld? Bezieht die Miete, daß diese Menge wurde einem Junggesellen zugewiesen wird, der sich nicht erst in unabhängiger Zeit verheiraten will? Diese Frage hatte vor sieben Jahren bereits die hiesige Kreisverwaltung, als das hiesige Krankenhaus einen fähigen Arzt benötigte, fu wurde auch dem

Wahlkreis Eilenburg, den 25. November. Die Wahlen zur Gemeinderatswahl wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt. Die Wahlen wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt.

Wahlkreis Eilenburg, den 25. November. Die Wahlen zur Gemeinderatswahl wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt. Die Wahlen wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt.

Wahlkreis Eilenburg, den 25. November. Die Wahlen zur Gemeinderatswahl wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt. Die Wahlen wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt.

Wahlkreis Eilenburg, den 25. November. Die Wahlen zur Gemeinderatswahl wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt. Die Wahlen wurden am 23. November in der Gemeinde Halle durchgeführt.

Dessau (Stadt)

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Dessau (Stadt) festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Dessau (Stadt) festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Dessau (Stadt) festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Dessau (Stadt) festgesetzt.

Kreis Jorkau

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Kreis Wittenberg

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Wittenberg festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Wittenberg festgesetzt.

Kreis Bitterfeld

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Bitterfeld festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Bitterfeld festgesetzt.

Kreis Liebenwerda

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Liebenwerda festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Liebenwerda festgesetzt.

Kreis Liebenwerda Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen

Reichenbach, den 25. November.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen. Die Wahlbetrachtungen aus dem Volkswirer Ländchen.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

Die hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.

unbedingt im Interesse der Partei erforderlich ist. Der hiesige Kreisverwaltung hat die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt. Die Miete für die Wohnungen in Jorkau festgesetzt.



Der Hausarzt



Abtreibungstechnik und Gesetzgebung

Privater Gesetzentwurf über die bedingte Straffreiheit der Abtreibung - Gefährliche und harmlose Abtreibungsmittel - Abschaffung des § 218 und Einrichtung von Sexual- und Eheberatungsstellen

In einer Zeitschrift legt Professor Justus Wolf, eine unserer ersten frauenärztlichen Autoritäten, die Gründe dar, die ihm denogen haben, der deutschen Section der Internationalen Gesellschaft für Sexualforschung einen Gesetzentwurf über die bedingte Straffreiheit der Abtreibung vorzulegen. Der von Professor Wolf vorgelegene Gesetzentwurf gleicht dem sozialdemokratischen Antigen; bestraft wird danach nur die „unbefugte“ Abtreibung und diejenige, bei der „Leben und Gesundheit gefährdet“ wird, ferner die Beihilfe. Straffrei aber sollen die Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten sein bei schwacher Gebärfähigkeit, oder wenn ein minderwertiger Nachwuchs zu erwarten ist, oder bei wirtschaftlicher Bedrängnis oder bei Vorhandensein von bereits vier lebenden Kindern. Eine befugte Schwangerschaftsunterbrechung liegt nach dem Entwurf nur vor, wenn sie unter den genannten Voraussetzungen in einer öffentlichen oder öffentlich anerkannten Klinik stattfindet. Im Notfall können auch Ärzte, die sich über die notwendigen Vorkenntnisse und das notwendige Instrumentarium ausweisen können, den Eingriff vornehmen.

unter dem Motto: „Rächt es nichts, so schadet's auch nichts“, nennt Prof. Wolf: Kamillen, Rosmarin, Wahnuz, Cayapflanz, Birnen, Eiben, Bitterleeblätter, Lavendelblüten, Rainsumgeln, Waldrian, Wyröhen, Aloe, Chinin, Krauseminze, Kuckuck; Brombeeren, Hopfen, Saffran, Jint, Rosmarinöl usw. Er weist auf den beschwerigen Einnahmeplan gefangener Kinder- und Vorkäse hin, wie: Rosmarin und Thymian in unsern Gärten, Junger Mannen ist die Frau, kann nicht länger warten.“ Oder: „Guten Tag, Herr Gärtnermann! Haben Sie Lavendel, Rosmarin und Thymian und ein wenig Quendel?“ Ja, Madame, das haben wir draußen in dem Garten.“ Es sei in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen, daß in den Baumgärten Südbayerns diese Gewächse als leicht erhaltenden Gründen überall anzutreffen sind.

aber noch einmal die furchtbaren Zahlen, die die Wissenschaft ermittelt hat, ins Gedächtnis zurückgerufen werden: etwa eine Million krimineller Aborte haben wir jährlich in Deutschland. Davon betragen schätzungsweise etwa 40 000 tödlich. Feststellung der Todesursache ist in solchen Fällen schwierig, weil die Ärzte sich auf dem Totenschein nur ungenauen, allgemeinen Diagnosen begnügen. Schätzungsweise etwa 50 000 Abtreibungen enden mit langem, schmerzhaftem Siechtum, während die Hälfte aller schweren und leichten Frauenleiden — nach Prof. Siepmann — ebenfalls auf Aborte zurückzuführen ist. Als Sozialisten fordern wir nicht nur Abschaffung des § 218, sondern, weil wir überhaupt keine Aborte mehr wollen, gleichzeitig Ausschaffung der Ehe- und Sexualberatungsstellen und Verbreitung von Verhütungsmitteln. H. S.

Beamtenkrankheiten und Sonntagsneurosen

Ihre Entstehung und ihre Heilung

Oftgleich es keine ausgeprochenen Beamtenkrankheiten gibt, kann man doch die Beobachtung machen, daß gerade Beamte infolge ihrer oft nicht nur sehr anstrengenden, sondern in der Regel auch recht eintönigen Arbeit gewissen Krankheiten besonders ausgesetzt sind.

Unter der Bezeichnung „Beamtenkrankheiten“ oder „Berufskrankheiten im Beamtenfahne“ faßt der Arzt Dr. Rauber eine ganze Reihe von Leiden zusammen, deren Entstehung zunächst darauf zurückzuführen ist, daß der gewöhnliche geistige Arbeiter sich oft von seiner Arbeit so ablenken läßt, daß er auf bestimmte Krankheiten gar nicht achtet. Das kann Jahre hindurch so fortgehen und schließlich zu Beschwerden führen, die, weil sich der Beamte wenig oder gar nicht schont und sich auch oft gar nicht in ärztliche Behandlung begibt, in wirklich ernste Erkrankungen übergehen können. Unter diesen Leiden stehen nervöse Erkrankungen an erster Stelle, die entweder durch Ueberanstrengung oder durch auch allzu monotone Beschäftigung entstehen können, und, sofern sie zu lange vernachlässigt wurden, auch nur schwer zu beseitigen sind. Außerdem führt die oft viele Jahre hindurch dauernde stehende Lebensweise in vielen Fällen zu Krankheiten der Verdauungsorgane, des Magens und Darms oder auch zu Störungen der Luftwege und damit zu Erkrankungen der Lunge.

amtenberufs wird wohl am besten durch die Ausschaltung von Sport die überhand durch entsprechende körperliche Betätigungen erregt werden können, die aber selbstverständlich immer nur mit Maß betrieben werden sollen.

Mit der Nervosität des im Beruf stehenden und an regelmäßige Tätigkeit gewöhnten Menschen hängt auch eine Erscheinung zusammen, die „Sonntagsneurose“ bezeichnet hat. Die Betroffenen äußern sich in diesen Fällen darin, daß der Patient fast regelmäßig am Sonntag an Kopfschmerzen oder Störungen der Magen- und Darmfunktion leidet, so daß der Tag der Erholung für ihn recht ungemütlich verläuft. Man glaubt zunächst, daß diese Zustände vielleicht die am Sonntag gewöhnlich etwas verbesserte Luft oder durch den längeren Schlaf verursacht würden, sie treten jedoch an den Berufstagen auf dem Kopf, wenn am Sonntag Schlaf und Kopf des Betroffenen beibehalten wurde. Vermutlich wird die Sonntagsneurose dadurch bedingt, daß manche sehr nervösen Menschen gerade durch die Sonntagsruhe und die Ruhe des Tages überempfindlich und reizbar werden, bis endlich der Organismus wirklich barunter leidet und damit die Störungen der Körperfunktionen veranlaßt werden. Auch die Sonntagsneurosen lassen sich am besten durch Aufenthalt in frischer Luft und durch Bewegung bessern und heilen.

Sie sehen so blaß aus!

Von vielen Menschen wird ein blaßes Aussehen als Zeichen einer bestehenden oder drohenden Krankheit angesehen, und ganz besonders pflegen besorgte Mütter ihre Kinder für krank zu halten, wenn sie keine rote Waden haben.

Blässe der Haut braucht indessen nicht immer ein Zeichen von Krankheit zu sein. Unsere Hautfarbe ist abhängig von der Beschaffenheit unferes Blutes, von der besseren oder schlechten Durchblutung der Haut selbst und schließlich von der Stärke des Durchschlages der Haut. Hat unser Blut zu wenig Farbstoff oder ist die Zahl der Blutkörperchen verringert, dann ist die Blässe der Ausdrucks einer krankhaften Störung, und es ist ärztliche Behandlung notwendig. Diese Fälle von wirklicher Blässe sind meist Folge oder Begleitumstände anderer Erkrankungen und sind meistens die, bei denen die Blässe von ungenügender Durchblutung herrührt.

Bekannt ist das Erbliden oder Erbläßen bei plötzlichen Sinnesindrücken. Kinder, die sich vor der Schule fürchten, die vom Elternhaus oder vom Lehrer vernachlässigt werden, sind öfter blaß. In dieser Blässe ist aber nicht die Ueberanstrengung oder der Aufenthalt in der Schule Schuld, sondern das nervöse Moment, das das Spiel der Hautblutgefäße, ob eng oder weit, reguliert. Die Zunderböden, groß und klein, zeigen deshalb eine blaße Gesichtsfarbe, weil die Haut des äußeren Reizes der frischen Luft erbleicht, die anregend auf die Durchblutung der Haut einwirkt. Weiterhin sei nicht vergessen, daß es viele Menschen gibt, die „von Natur aus“ blaß sind, d. h. bei denen eine angeborene Enge der Hautblutgefäße besteht. Diese Menschen sind dabei aber keineswegs krank oder weniger widerstandsfähig als ihre rotwangigen Mitmenschen.

Bernünftige Ernährung, mit Bevorzugung frischer grüner Gemüse, ausreichende Bewegung in frischer Luft, verbunden mit gesunder Abkühlung und Kräftigung des Nerven Systems, werden vielen Blässen zu frischer Farbe verhelfen. Wo das nicht ausreicht, da wird Unterzuckerung und Rat des Arztes Abhilfe schaffen. Man soll aber nicht gleich bei Kindern und Erwachsenen glauben, daß hinter jeder Blässe eine Krankheit stecken muß.

Frau Professor Ehrlich.



Die Witwe des Entdeckers des Salvarsans, hat eine Stiftung von 30 000 Mk. errichtet, von deren Zinsen Frauen für besondere Leistungen auf dem Gebiete der Bakteriologie, Serotherapie und Immunologie berechtigt werden sollen.

Tod durch Lungenentzündung.

Eine Berufsstatistik. — Geringere Sterblichkeit bei der Arbeit als auf dem Lande.

Im Verhältnis zur Sterblichkeit an Tuberkulose, die schon seit Jahrzehnten immer mehr zurückgeht, weist die Zahl der Todesfälle durch Lungenentzündung bis jetzt eine viel geringere Abnahme auf. Immerhin ist, wie Professor Hans Sehmann, dessen jüngsten Untersuchungen die hier angeführten Zahlen zugrunde liegen, feststellt, bemoch ein gewisser Rückgang der Sterblichkeit zu verzeichnen, die besonders bei Kindern bis zu zwei Jahren auffällt. Das mehr Männer an Lungenentzündung sterben als Frauen, liegt keineswegs an einer höheren Empfänglichkeit des männlichen Organismus für die Krankheit, sondern vielmehr hängt in erster Linie mit der vielfach anstrengenderen Berufstätigkeit des Mannes zusammen. Dies geht auch daraus hervor, daß im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts, seit die Frauen mehr in Berufen arbeiten, auch bei ihnen die Sterblichkeit an Lungenentzündung abgenommen hat, während sich, solange die Lebensweise der Beschäftigten ziemlich gleich ist, also im „Spiel- und Schularter“, in den Sterblichkeitszahlen noch kein Unterschied erkennen läßt.

Man kann die Lungenentzündung überhaupt als eine Berufskrankheit bezeichnen, da sie nicht nur vom Beruflichen bestimmt wird, sondern gewisse Berufe — zum Beispiel Arbeit in feinstreuer Luft — ihr Fortleben auch ganz besonders begünstigen. Noch vor wenigen Jahren war die Sterblichkeit an Lungenentzündung auf dem Lande viel geringer als in den Städten; mit dem Jahre 1922 began jedoch ein deutlicher Umkehrung, und seit 1926 können Todesfälle in den Städten viel weniger häufig vor als auf dem Lande. Verhältniß und noch ungelöst ist die Aufgabe, daß die Häufigkeit der Todesfälle an Lungenentzündung in den deutschen Bundesstaaten ganz verschieden ist. So sterben beispielsweise in Sachsen, Thüringen und Schottland die meisten Menschen an Lungenentzündung, wogegen in Preußen, Bayern, Württemberg und Lippe die meisten Fälle mit tödlichem Verlauf zu verzeichnen sind.

Ein Serum gegen Verbluten.

Erlos für Transfusion.

In Paris soll der vielseitige Vertreter der medizinischen Wissenschaft, Jean Painlevé, einen erfolgreichen Versuch mit einem Serum gemacht haben, das bestimmt ist, nach schweren Blutverlusten die erloschene Lebensfähigkeit wieder zu erwecken, so ohne daß man zur Transfusion gezwungen ist, sondern durch. Das Experiment wurde an einem Hund angestellt, der durch einen Einstich in den Magen erblutet worden war. Als das Tier die üblichen Symptome des eingetretenen Todes zeigte, wurde ihm nach dem Verbluten der Wunde das Serum unter die Haut gespritzt. Wenige Sekunden nach der Einbringung sprang der Hund auf, trank aus dem Napf Wasser und lief lustig um den Operationstisch. Der Entdecker des Serums ist ein Arzt, der zuerst am Pasteur-Institut in Paris tätig ist. Einer seiner in der transpantane Arzene dienenden Assistenten hatte eine Quantität dieses Serums erhalten und das Versuchen mit ausgezeichnetem Erfolg an einem Rattentier erprobt, der bei einem Unfall an die zwei Liter Blut verloren hatte.

Erst wenn die gegenwärtige strafrechtliche Behandlung der Abtreibung eine Verabschiedung des Redemptiofingers der überwiegenen Mehrheit des deutschen Volkes“ nennt und betont, daß die wegen Abtreibung bestrafte Frauen in ihren Beamtenkreisen keineswegs moralisch verurteilt, sondern als Mütterinnen, als beklagenswerte Opfer einer unerschütterlich zusammenen Justiz betrachtet werden, hält er eine völlige Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung dennoch nicht für ratsam. Anträge auf Schwangerschaftsunterbrechung sollen „nur nach reichlicher Ueberlegung genehmigt werden“, indem erst alle in Betracht kommenden Wohlstandsbedürfnisse eingeschaltet werden.

Die gegenwärtige gesetzliche Regelung durch den § 218 erscheint Wolf aus drei Gründen außerordentlich unbillig und gefährlich. Der erste Grund ist, daß durch die rigorose Gesetzgebung die überaus wichtige Frage von Eingriffen für Leben und Gesundheit der Patientin außer Betracht kommt. Der zweite Grund, der den Professor Wolf das gegenwärtig gültige Gesetz als unzulässig erklärt, liegt in der Unmöglichkeit, selbst eine der Abtreibung verdächtige Frau den Eingriff medizinisch ganz eindeutig nachzuweisen. Er nennt mehrere verdächtige Symptome, wie unvernünftige Abstoßung der Frucht ohne Erlöse, folgender Geruch des Fruchtwassers und des Wochenflusses, Verletzung der Frucht, die aber alle beim ungewollten, sogenannten spontanen Aborte ebenfalls möglich sind. Nur wenn der Verdacht oder Beschuldigung im Körper gefunden werden läßt sich die abschließend eingeleitete Abtreibung als straflos nachweisen. Sonst sind die einzigen Grundlagen einer Verurteilung Denunziation oder Ränkeflüster, wie sie manchmal bei gewerkschaftlichen Arbeiterkreisen vorkommen, wenn eine Abtreibung tödlich verlaufen ist.

Damit leidet Professor Wolf über zu den Abtreibungsmitteln und -methoden, die bei Selbst- und Hülfshandlungen üblich sind, und die ihm als wichtiges Moment erscheinen, um für Abschaffung des § 218 zu plädieren. Mit Hornblöden, Erdnüssen, Federballen usw. wird mehr oder weniger erfolgreich versucht, den Blaseninhalt oder die Anregung der Wehen durch Reizung des Muttermundes herbeizuführen. Die dabei entstehenden Verletzungen und Infektionen veranlassen schwere Krankheiten, wenn nicht der Tod. Außerdem führt Professor Wolf noch über weniger schädliche, nur vereinzelt in der Abtreibungsmittel, wie Dampfäther, Kampfer, Pfeffer, Wassern, Schwefelwasserstoff, stark wirkende Abführmittel, ferner Spülmittel mit Bleich- oder Essigsäure, ferner die sogenannten Beutelsäure. Unter den Mitteln zum Einnehmen oder Einlegen nennt er als ganz besonders gefährlich Phosphor, Arsen, Bleiweiß, Sublimat, Argentum nitricum, also lauter chemische Stoffe, die auch bei den an ihrer Herstellung arbeitenden Schwangeren spontane Fehl- und Totgeburten hervorrufen. Die wirklich wirksamen Wirkungen überdies sind, was der Körper vertragen kann.

Die Frau erreicht also zwar ihren Zweck, aber

Drei Zahnärzte spurlos verschwunden

Fremdenlegionsmerber am Werk?

Wahrheit über die Fremdenlegion - Billiges Kanonenfutter kapitalistischer Machtpolitik Das Ammenmärchen von den geheimnisvollen Verberben - Die rührenden Verberber: Kungur und Arbeitslosigkeit

Dieser Tage sind Teilnehmer eines zahnärztlichen Kongresses, nachdem sie die Nacht im Auto verbracht hatten, spurlos in der Wüste verschwunden. Es ist nicht um Arbeiter, darunter eine Frau, so ließe ohne Zweifel bereits die Bemerkung durch die Presse, daß die Vermissten Verberber für die französische Fremdenlegion in die Hände gefallen seien. Denn kaum eine Stunde nach dem Aufbruch der Öffentlichkeit ist bekannt, daß die Vermissten, die junge Dentisten und willensvoll machen und in diesem Zustand dem französischen Kolonialmilitarismus als Helfer dienen. So in die sozialdemokratische Presse berichtet sich hier und da diese Art. In der Tat, wenn auf einer Reibung ein oberflächlicher, abgegriffener Mensch vortritt, durch die Jahre fünf Jahre Legionärsdienst nachdies und nun lang und weit erzählt, wie er eines Tages mit Fremden geseht habe, am Tisch eingekerkert mit anderen Wagnern in der Kantine eines französischen Hotels, dann ist es — wer könnte da noch zweifeln, daß der Kerkergehalt und im Auto über die Grenze verschleppt worden ist!

Wenn die Geschichte ins Licht kommt, tut die gerechte Entrüstung über die Verberber wohl das Ihre, denn in Wahrheit ist kein Wort gegen diese Einrichtung zu hart.

Die Fremdenlegion, die bald ihren hundertsten Geburtstag begehen kann, ist ein Weidwölfe, den die Umarmung von Militarismus und Kapitalismus erzeugt hat.

Wo immer in dem großen überseeischen Imperium Frankreich sich bewegen gegen die Rechte der Kolonialpolitik aufstehen, wurde und wird, in Alger, in Tonting, in Madagaskar, in Marokko, die Fremdenlegion in die Hände gestopft, billiges Kanonenfutter, mit dem man verschwendungsvoll umgehen kann, denn wie viele Millionen Reichen ins Unkenreich, keine Mutter in Frankreich meint um sie und kein Abgeordneter interpelliert wegen Vergebung französischen Blutes. Aber die Soldatente in der Legion dienen und dienen ebenso als Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus, da sie keine Steuern zahlen, Eisenbahnen und Kanäle rufstuflos verbrauchen werden; so billige Arbeitskräfte wie Fremdenlegionäre gibt es in der ganzen Welt nicht mehr.

Aber etwas anders steht es mit jenen geheimnisvollen Verberbern,

von deren immer gleichen Methoden man taufendmal in den Zeitungen lesen kann. Die Verberber in der Fremdenlegion? Natürlich gibt es Verberber für die Fremdenlegion, und zwar sehr zahlreich: sie heißen Arbeitslosigkeit und in weitem Abstand dahinter Arbeitsverweigerung. Jede der Wirtschaftskrisen, die mit der kapitalistischen Ordnung ununterbrochen verbunden sind, treiben der französischen Kolonialtruppe momentlich aus Deutschland Kanonenfutter in hellen Haufen zu. Das war schon vor dem Weltkrieg so, als ein ganzer Sachkeller, Dr. v. Papen, in den „Preussischen Jahrbüchern“ feststellte:

„Ich wollte noch ein Mittel, das geeignet wäre, einem Soldaten der Fremdenlegion zu reduzieren: wenn man es nämlich dahin bringen könnte, daß jeder Deutsche Arbeit und fast zu essen hätte. Im letzten Grunde ist es bei 90, bis 100 Millionen Soldaten in der Fremdenlegion, die in Deutschland noch keine Arbeit, die hungern, solange wird es auch deutsche Legionäre geben.“

Der Weltkrieg aber mit seinen Folgen, die Entwertung zahlloser Existenzen und die dauernde Wohlstandslösung, füllte das Becken, aus dem die Legion ihren Rekrutensumpf, bis zum Überlaufen damit baldigst. Der Andrang gewirkt werden konnte, wurde der Bestand der Legion im Jahre 1921 auf vier Regimente Infanterie, ein Regiment Kavallerie, ein Regiment Artillerie und ein Bataillon Miniere festgesetzt und hat seitdem weitere Erhöhung erfahren. Im besetzten Gebiete taten die französischen Militärbehörden auch alles, den sich meldenden Deutschen den Weg zum Ziel zu erleichtern; wer bei einem ihrer Kommandos ankam, wurde sofort auf Staatsunkosten zur nächsten Sammelstelle befördert.

Transporthilfe von Hunderten bestehen in kurzen Zwischenräumen das Rheinland, um in Afrika — Marokko oder versetzt! — in die Lösung der Legion! — zu marschieren oder zu verziehen. Erst im Zeichen Rocarno kam 1927 zwischen Paris und Berlin eine Vereinbarung zustande, nach der sich die französischen Behörden im besetzten Gebiet über Befugnisse der Arbeitslosigkeit zu enthalten haben.

Diese Befugnisse beschränkte sich auf die Erleichterung von Rekrutierungsbüroaus, wie man sie auch in allen französischen Grenzländern findet; nur in den ersten Monaten der Besetzung ergaben dort, was hinaus im „Hinterländer“ Argwohn, einmal die Bekanntmachung des Administrateurs Militaire von Wiesbaden-Geb, die zum Eintritt in die Fremdenlegion aufzuforderte. Aber der Verberber, die diese Opfer heimlich bekannt machen dann gemächlich verschlingen, behielten sich wohl die Soldaten des 18. Jahrbüchens, die Fremdenlegion kannte und kennt sie aus sehr einschmeichelnden Gründe nicht, weil sie sie nicht nötig hat. Da der Hunger aus aller Herren Länder, zuerst aus Deutschland, solche Waffen zum Besten treibt, daß in geschäftlichen Kreisen nur die Kräftigsten und Gesundheitstauglichen, das heißt fünfteil aller sich Meldenden als untauglich abgewiesen werden, werden die so parieren französischen Behörden

stimmig, wollten sie, wie ein deutschnationales Blatt glauben zu machen suchte, Verberber für jeden neuen Legionäre eine Prämie von tausend Franken zahlen. Im Februarjahr 1922 des „Grenzboten“, hat der durch sein Buch bekannte frühere Fremdenlegionär Max Rirsch überzeugend dargelegt, wie töricht es wäre, wenn Frankreich sein Vorgehen mit so überflüssigen Einrichtungen wie Verberberzentralen und Rekrutierungsbüros, und jeder deutsche Polizeifachmann, der sich mit dem Gegenstand befaßt, weiß,

daß die Berichte von Verberbern, die junge Legionäre mit Bier, Schnaps, Zigaretten oder Schokolade bestücken und dann im Auto über die Grenze schleppen, unerschöpfliches Material sind.

In den meisten Fällen freilich entspringt der Schwindel, jenseit er auf ehemalige Legionäre zurückgeht, ehrenhaften Beweggründen, weil die aus der Legion Geflüchteten oder Entlassenen sich bemühen, nach Richtigem in die Heimat ihren freilebigen

willigen Eintritt zugestehen, phantastieren sie sich eine Geschichte zurecht, die sich auf Erinnerungen an die Werbemethoden des „Alten Fritz“ aufbaut, und da das Kolportagegeschäfte leichter Glauben findet als das Nachgelagene, ergesse solche Erinnerungen in die Epochen der Presse und in das Bewußtsein der Menge ein.

Über das Märchen von den Fremdenlegionsmerbern wird auch auf politischen Äußerungen weitergetragen; es ist eines der beliebtesten

Gehimmetel der Eugenbergs- und Ritter-Blätter gegen Frankreich.

Die Vorstellung, daß sich dämonische Kräfte an blühende blühende Junglinge heranmachen und sie durch Hauptkräfte in einen Zustand der Willenslosigkeit versetzen, um sie für den Dienst des „Célestinus“ zu weihen, ist fast so geistlos, dumpe Bemerkung gegen Frankreich in Wallung zu bringen, wie die faustische Länge von dem Expori deutscher Eliten nach Lieberke, den der Young-Plan vorliehe. Schon aus diesem Grunde wird der Schwindel von den Legionären nicht aus dem heutigen Märiten verschwinden, oder Aufgabe der sozialdemokratischen Presse ist es, ihn nicht nur nicht mitzumachen, sondern auch zu entlarven und zu bekämpfen.

Derhalb können wir als gelohrene Feinde des Militarismus und Kapitalismus die militärische und kapitalistische Ausbeutung verurteilende Fremdenlegion als Schandfleck der Menschheit mindestens so schärfen, wie die nationalpolitische Presse, oder sie lassen, daß der Justizkommissioner für seine Handlungen keine Rechenschaft ablegen und ohne Unterbrechung wird, sondern nur durch den unzulässigen Kampf für eine bessere Ordnung, in der, mit Dr. v. Papen zu reden, jeder Deutsche Arbeit und fast zu essen hat.“

Kampel und der Fememord.

Die Vernehmungen der Kampel und Gellowsen in Sachen des Fememordes an dem Wittmoth geschied. Es kam zu einer Besprechungsstellung eines in der Nähe des Loteries wohnenden Försterehepaars und seiner Tochter. Sie wollen Kampel und Schwinger als diejenigen waberkennen, die letztendlich Kollier vor seinem Ende abgeholt haben. Kampel und Schwinger wurden im Gegenzug für ihrer bisherigen Darstellung die Richtigkeit dieser Angaben gegeben. Der Vorfall hat nach ihrer Erklärung oder nicht mit der Lösung Kolliers zu tun. Es Kollier ein Epion dort, bei die bisherige Untersuchung noch nicht ergeben.

Messer und Kleiderkasten im Wagen.

Ein Gefangener, der Pfliff schickt.

Auf der Suche nach dem Wittmoth ein Berliner Keller in den Gerichtsgebäude gebracht werden, der wegen Verstoßens im Versteck und Versteckung angeklagt war. Sein lebendiger Zustand ist darauf zurückzuführen, daß er sich in der Unterdrückung auf einen Spezialisten im Verstecken von Metallen veranlassen hat. Bei seiner letzten Operation mit dem Wagen nicht weniger als zwei Messer, einen Kleiderkasten und einen kleinen Kleiderkasten auf Raum war die Operation überstanden, verschickte er wieder einen Briefsteller. Der Angeklagte, der schon länger verhaftet ist, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Sohnarzt unter Verdacht.

Zu der Verhaftung des Sohnarztes Guttmann in Schwebel an der Ober, der in dem Verdacht steht, seine Frau ermordet zu haben, erklärt man jetzt, daß der Mann, der lange Zeit in geordneten Verhältnissen und in glücklicher Ehe lebte, seit einiger Zeit zu einem etwas geheimnisvollen Leben übergegangen ist und immer größere finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Drei Tage bevor seine Frau ums Leben kam, hatte er sie mit 50 000 M. versehen. Da insofern auch Gerüchte aufzutauchen sind, daß die Frau des Sohnarztes ein noch besserer Angehöriger der Wohlstandsklasse gewesen und an einer zu großen Dosis Morphium gestorben sein soll, ein Herr Guttmann war, wurde der offizielle Verdacht gegen Guttmann entfallen.

Mädchenständer in Gabeln.

Vor der Gabelberger Polizei erschien dieser Tage ein 13jähriger Mädchen mit der Angabe, daß ein 45jähriger Mann, der mit ihrer Mutter in wöhrer Ehe lebt, vorgestern mißbraucht worden zu sein. Das gleiche Schicksal teilte ihr 17jährige Schwester. Auch seine 13jährige Tochter habe der Mißbrauch erlitten und infiziert. Der Unbold flüchtete, als Kräfte gegen ihn erhoben wurde.

Dr. Richter begnadigt.

Die Begnadigung des vom Donner Schwerkrieg wegen Ermordung der Frau Drexels um Tode verurteilten Richter Dr. Richter zu lebenslänglichem Gefängnis auf der „Boschens Stellung“ zufolge, nunmehr ausgesprochen worden. Dr. Richter wird in den nächsten Tagen in das Bundesgefängnis eingewiesen werden, wo auch der lebenslänglichen Gefängnis begnadigte Richter Herr Dr. Pröcher seine Entloose verbißt.

9 Todesurteile in Walästina.

Wegen der Ermordung einer jüdischen Familie in Safes während der letzten Unruhen wurden heute neun Arbeiter um Tode und zwei Arbeiter zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Blutet einer 15jährigen. Bei Schüttendorf in der Nähe von Reichenberg ist eine 15jährige Mädchen eine 70jährige Bettlerin mit dem Messer an und spang sie, ihre in Ober eingepackten Beistandsgüter veranlassen. Die Heine Wäbchen wurde verhaftet.

Insammlung der „Mauritania“. Der Schnelldampfer „Mauritania“ von der Cunard-Linie lief, als er die Antarktis im Europa antrat, in der Nordsee einen seiner Schiffe überfahren und aufammen. Es steht noch nicht fest, ob der Dampfer ernstlich beschädigt worden ist.

Die Zahl der studierenden Frauen in Polen betrug 1928 erund 11 100 gegenüber nur 30 000 Männern. Die meisten Frauen studieren in der philosophischen Fakultät, wo sie im Jahr große die männlichen Studierenden überfließen, während sonst noch Pharmazie und Zahnheilkunde bevorzugt werden.

Amerikas größtes Flugzeug verbrannt

Flugzeug für 32 Passagiere - Ein Haus gerammt - Sturzflug zur Erde Brennender Zümmerrahmen - Zwei Leichtverletzte

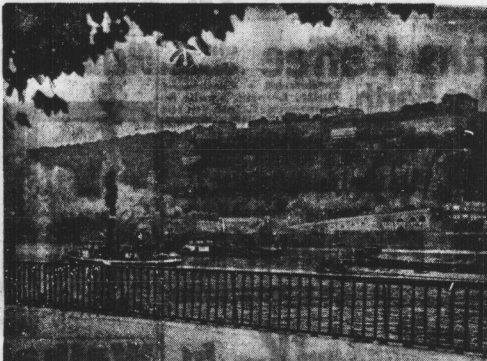
Das größte jemals in Amerika gebaute Flugzeug, der für 32 Passagiere bewanderte Koller-Ember F 32, ist gestern in der Nähe des Flugplatzes Rooseveltfeld verunglückt und durch Brand verbrannt worden.

Das Flugzeug ramnte infolge nicht genügender Flughöhe ein Haus

ber in der Nähe des Flugplatzes liegenden Ortschaft Carleplace, stürzte zu Boden und ging in Flammen auf, wobei sich zwei Personen, ein Passagier und ein Arbeiter, verletzt und niederknieten. Die Flugzeuge konnten sich retten. Nur zwei weitere Verletzungen, und zwar ein Weibchen, der vor dem Absturz über Bord sprang, aber mit einem Beinbruch davonkam.

Ein anderer Flug nach dem Unglück aus der brennenden Kabine;

Befreiungsfeier im Rheinland



Am 1. Dezember wird Koblenz sowie die Besse Ehrenbreitstein von der Belagerung frei. Aus diesem Anlaß wird am 1. Dezember zu mitternächtiger Stunde am Deutschen Eck in Koblenz eine große Befreiungsfeier stattfinden, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilnehmen. Nicht vom Deutschen Eck in Koblenz, sondern in der Rhein und die Besse Ehrenbreitstein.

Und das Unglück schreitet schnell ...

Unglücksmeldungen aus aller Welt

Arzte als Opfer ihres Berufes.

Der am Elberfelder Bakteriologischen Institut als Assistent tätig gewesene Dr. med. Wendele aus Weilmann zog sich nach einer Weidung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vor etwa Wochen beim Besuche einer Tapissiererei ein Infektions zu. Zu dem Tapissier gestellte sich eine doppelteige Augenentzündung, an deren Folgen Dr. Wendele jetzt gestorben ist. Vor drei Jahren war bereits ein Weilmann-Debitör, Dr. med. Eugen Richter, an den Folgen einer Seizus- und eitrigen Erkrankung gestorben. Eine im Jahr später wurde ein anderer junger Weilmann-Debitör, Dr. med. v. Hart, der auch als Praktiker in Eberfeld tätig war, von demselben Geschick ereilt.

Wenn man Raufgicht stiehlt.

Ein 40jähriger Drogist aus Bremen hatte seinen Weg ein Mädchen mit Raufgicht erfaßt und nebst seinem Freunde auf einer Partaband eine Dosis des Giftes zu sich genommen, ein einmal an sich die Wirkung auszuwahren. Man fand beide am anderen Morgen regungslos auf der Bank. Der Drogist war bereits gestorben, der andere, der bei einer kurzen Wiedererlangung des Bewußtseins den Streich erdachte, wurde in die ersten Zustände im Krankenhaus überführt, doch an seinen Aufkommen gestweifelt.

Zoffschlag.

In der Schmitzstraße des im Kreise Poyzig gelegenen Bundes Eisenbüch wurde ein Brand des Beschrifteten mit schweren Verletzungen am Kopf tot aufgefunden. 500 M. Reichardt und zwei Paar Schuhe fehlten. Der Tat verdächtig ist der 37jährige Metzler des Bundes, der nicht mehr auffindbar ist.

Unterbringung in Weidman.

Bei einer Revision der Brodamer Sparkasse wurde ein Fehlbetrag von 36 000 M. entdeckt, den man zunächst auf Rechnungsführer zurückführte. Eine nachmalige Untersuchung ergab jedoch, daß es sich um Veruntreuungen handelt, die ein Magistratsbeamten angestellter verübt haben dürfte. Ein weiterer Wohnung fand man schwer beschaffen Material. Der Angeklagte wurde verhaftet.

Wer sich in Gefahr begibt ...

Überfall in Berlin.

Im fogenannten Verberberquartier Berlins, das im Nordosten der Stadt liegt, wurde ein Produkt, wie die andere Raufgichte auch einmal die Gefahr, bestimmte dieser Verberber können lernen wollen, als er aus einer Rekrutierfakt, niedergebunden und seines Bauspeldes vor der Schmachhaken im Gesamtmarkt von 4000 M. bezahlt. Ein Verberber wurde festgenommen, jedoch konnte ihm keine Schuld nachgewiesen werden.

Verbrannt auf der Landstraße.

Auf der Staatsstraße zwischen Regensburg und Eitzinghausen wurde gestern nachmittags ein Transportwagen mit schwerem Schaden und verbrannte Beige seines Führers erbeuten. Nach den Papieren handelt es sich um einen Geschäftsfreund aus Saalfeld. Wie der Brand entstanden ist, ob Unglück oder Verberber vorliegt, mag die nähere Untersuchung ergeben.

Unterstützung ergehen.

